



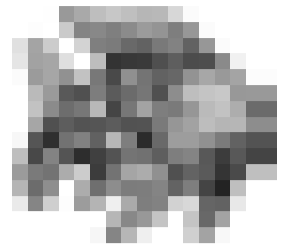
ISSN 1019-0287

Preis 1,49 €

29. Oktober 2004

erscheint freitags

29/10 - 7/11/2004
(film/theatre/concert/events)



Der Neue ist da

Rolf Tarrach, designerter Rektor der Uni Luxemburg, spricht über Studiengebühren, Demokratie in der Hochschule und Kooperationen mit der Wirtschaft.

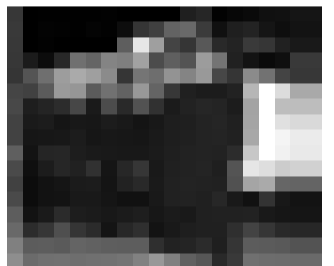
interview, Seite 2

Doppelter Digipass

Ein Chip mit zwei biometrischen Merkmalen soll künftig jede Person in der EU unverwechselbar und damit Europa sicherer machen.

Was dagegen?

aktuell, Seite 6



Gedrucktes und Demokratie

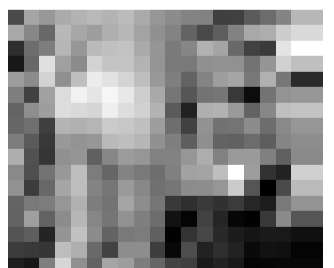
Mit einer Ausstellung und einem Buch blickt Romain Hilgert zurück auf 300 Jahre Pressevielfalt und dem Versuch die hiesigen Verhältnisse zu verändern.

kultur, Seite 7

Entre chiens et hommes

Le photographe américain d'adoption Elliott Erwitt porte un regard tragi-comique sur ses contemporains.

kultur, page 8



Preis: 1,49 €



5 453000 211009



Unter Aufsicht

Zu lange Wartezeiten, ungenügende Information - der Service in den Luxemburger Amtsstuben lässt zu wünschen übrig. Die hohe Zahl der Beschwerden, die bei Ombudsmann Marc Fischbach bisher eingingen, ist wenig schmeichelhaft für die Staatsbeamten.

dës woch, Seite 3

(Plakat: Klaus Staeck, 1993)

BONNEWEG

Mit Bürgeranhörungen versucht der hauptstädtische Schöfferrat neuerdings, die aufgebrachte Bevölkerung zu besänftigen - Wahlkampf mit anderen Mitteln?

Die Idee an sich war gut. Vier Stunden hatte sich der hauptstädtische Schöfferrat am Montag Zeit genommen, um sich die "Doleancen" der Bürgerinnen und Bürger aus Bonneweg und dem Bahnhofsviertel anzuhören - und zwar zu Themen, die Zündstoff bergen. AsylbewerberInnen, Junkies, Prostituierte und Obdachlose sind die Sündenböcke, wenn es um die nach Ansicht der Bevölkerung schwindende Lebensqualität geht.

Doch die Veranstaltung hatte in erster Linie einen kathartischen Charakter. Da traten Geschäftsleute vor, die von ihren bedrohlichen Erfahrungen mit Obdachlosen berichteten. Ein Syndikatsvertreter beklagte sich über die Untätigkeit der Verantwortlichen des Obdachlosenasyls "Foyer Ulysse", die trotz mehrerer Unterredungen "ihre" KlientInnen nicht im Zaum halten würden. Ein Parkingwächter schilderte, wie er von Junkies mit dem Messer bedroht worden war. In ihrem Haus befindet sich ein Bordell, beklagte sich die Bewohnerin einer Etagen-

wohnung. Bemerkenswert zumindest, dass der Ton der KlägerInnen - von wenigen rassistischen Ausfällen abgesehen - die meiste Zeit relativ moderat war. Selbst eine Organisation wie "SOS Gare" scheint in der Zwischenzeit eingesehen zu haben, dass man Menschen nicht wie Kehricht wegräumen kann.

Lösungsvorschläge hielten sich dagegen in Grenzen. Bürgermeister Helming machte unmissverständlich klar: Heute würden keine "Schlussfolgerungen, und schon gar keine definitiven" gezogen. Stattdessen ist für den 6. Dezember eine Gemeinderatssitzung vorgesehen, in der über politische Konsequenzen debattiert werden soll. Die Diskussionen des Hearings sollen in einem Bericht zusammengefasst und dann in eine Resolution münden. Da drängt sich doch die Frage auf, ob dem Schöfferrat an einer wirklichen Auseinandersetzung überhaupt gelegen ist. Betroffene Stellungnahmen des Gemeinderates hat es zu dem Thema schon etliche gegeben. Konkret umgesetzt

wurde dagegen wenig. So ist es auch dieses Mal wahrscheinlich, dass die Gemeindevorstandlichen zwar einen Aktionsplan vorstellen werden. Der wird aber wohl vor allem einer Sache dienen: die erhitzten Gemüter der Bonneweger Wahlklientel bis zu den Wahlen zu beruhigen. Das dürfte Bürgermeister Helming gut tun, der im kommenden Gemeinde-Wahlkampf sogar mit Konkurrenz aus den eigenen Reihen rechnen muss.

Dafür, dass es den GemeindepolitikerInnen bei der Anhörung vor allem um die eigene Publicity ging, spricht noch ein anderer Fakt: Über die Verantwortung des Schöfferrates für die Eskalation in den Stadtteilen wurde den ganzen Nachmittag über kein einziges Wort verloren. Dabei hätte durchaus Interessantes zutage kommen können. Es waren hauptstädtische Schöffen, die das Projekt der Fixerstube in Holle rich kippten. Zwei Jahre "sucht" die Stadt nun schon nach einem neuen Standort. Genauso lange blockiert sie selbst jeglichen Fortschritt

im Drogendossier. Und neben dem Staat ist auch die Stadt Luxemburg recht wenig bemüht, ausländischen Beispielen folgend einen runden Tisch einzurichten. An diesem könnten Ministerien, Gemeinde, Polizei und Hilfsorganisationen gemeinsam Lösungen erarbeiten.

Für die Gemeinde war die Veranstaltung indes ein Erfolg. Dem Schöfferrat ist es gelungen, die eigene Verantwortung kurzerhand auf die nationale Ebene - Ministerien, Polizei, Staatsanwaltschaft - abzuwälzen. Da wird es spannend sein zu beobachten, wie sich wohl die LSAP in den nächsten Monaten zu diesem "däregen" Dossier verhalten wird. Einerseits stellt sie den Gesundheitsminister, der bei Themen wie Drogen, Prostitution oder Hilfsstrukturen ebenfalls gefordert ist. Andererseits könnte es auch für sie verlockend sein, mit dem Unsicherheitsgefühl des hauptstädtischen Elektorats Wahlkampf zu betreiben. Neue Ansätze von Bürgerbeteiligung, wie sie nach Esch nun auch in der Hauptstadt erprobt werden, riskieren dabei allerdings, zur Farce zu geraten. Einige Monate bleiben Helming noch, um das Gegenteil zu beweisen.

Ein Kommentar von
Renée Wagener